



IM WESTEN WAS NEUES

SICHTACHSE der CDU Potsdam auf die Stadt- und Ortsteile

Bornim // Brandenburger Vorstadt // Eiche // Golm // Grube
Marquardt // Uetz Paaren // Potsdam West // Satzkorn

Sonderausgabe
Bundestagswahl
22. September 2013



CDU POTSDAM



Liebe Mitbürger, Nachbarinnen und Nachbarn in Potsdam!

Erlauben Sie mir bitte, Sie zunächst recht herzlich in unserer zweiten Ausgabe im Jahre 2013 zu begrüßen. In den nächsten Monaten stehen weichenstellende politische Entscheidungen vor uns allen, werden doch alle Parlamente, von der Stadt bis „Europa“, neu gewählt. Die Themenfelder für uns als CDU Potsdam sind hierbei unverändert vielschichtig und komplex: Von Parkeintritt und Bettensteuer bis hin zum verantwortungsvollen Umgang mit der deutschen Geschichte und dem Erbe unserer Stadt. Neben allen stadtpolitischen Themen soll aber in dieser Ausgabe auch die vor uns liegende Bundestagswahl am 22. September besondere Berücksichtigung finden. In diesem Heft werden Sie daher dieses Mal einen Beitrag unserer Spitzenkandidatin im Bund, Katherina Reiche, lesen, die sich seit nunmehr 15 Jahren für Sie im Deutschen Bundestag einsetzt. Wenn Ihnen dieses Heft gefällt, dann geben Sie es gerne an Freunde, Bekannte und Nachbarn weiter. Wenn Sie uns aktiv in unserer Arbeit unterstützen möchten, dann sprechen Sie uns einfach an.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Lesevergnügen! Ihr Dr. Wieland Niekisch

Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Potsdam-West / Brandenburger Vorstadt



So erreichen Sie unsere Kreisgeschäftsstelle

Friedrich-Ebert-Straße 70
14467 Potsdam

Tel 0331 90 99 722
Fax 0331 90 99 719

info@cdu-potsdam.de
www.cdu-potsdam-west.de

Brandenburger Vorstadt und Potsdam West – Attraktivität ist ausbaufähig!

Unser Stadtteil ist lebendig, sehr schön bebaut, verkehrstechnisch gut angebunden, jedoch in vielen Bereichen immer noch unfertig. Die Brandenburger Vorstadt und Potsdam-West weisen viele Baulücken, unsanierte und auch ruinöse Wohn- und Gewerbe- und sonstige Gebäude auf.

Wegen seiner Attraktivität vor allem für Familien sowie des allgemeinen Wachsens der Stadt Potsdam müssen hier Aufwertungen, Sanierungen und Ergänzungen vorgenommen werden. Dies umfasst vor allem bezahlbaren Wohnraum und Bedarfsinfrastruktur.

Neben dem schönen Beispiel einer gelungenen Neubebauung in der Nansenstraße 3 gibt es jedoch immer noch ein ungelöstes Problem, das jeder Bewohner der Brandenburger Vorstadt kennt, weil es ihm tägliche Umwege verursacht: Daher wollen wir als CDU in Potsdam West die Wiederfreigabe der Gesundheitsgasse als Durchgang zum Bahnhof Charlottenhof erreichen.

Hierzu haben wir Anfang des Jahres ein Meinungsumfrage durchgeführt, aus der klar hervorging, dass auch die Menschen in unserem Stadtteil einen freien Durchgang von der Geschwister-Scholl-Straße zum Bahn-





hof begrüßen würden und darüber hinaus für das ehemalige Kino Charlott eine Folgenutzung, die zur Bereicherung unserer örtlichen Lebensqualität beitragen soll, wünschen. Wir setzen uns seitdem dafür ein, mit dem Besitzer des Geländes ins Gespräch zu kommen.

Leider stehen wir mit diesen Problemen nicht alleine da, da z.B. auch im zehnten Jahr der Eingemeindungen an vielen Orten, etwa in Marquardt oder Satzkorn, zahlreiche Gebäude, vor allem auch alte Güter und Herrenhäuser verfallen und unserer Region auf diese Weise ein Teil ihres Antlitzes wie auch touristischer Attraktionen unwiederbringlich verloren zu gehen drohen.

Die CDU Potsdam will für uns alle erwirken, dass Baulücken, Brachen und unsanierte Gebäude identifiziert und zum Nutzen aller in den Prozess von Stadtentwicklung und Stadterneuerung einbezogen werden.

Und schließlich: Die Bepflasterung und die Bordsteine vieler Straßen und Gehwege muss gründlich erneuert werden. Ja und wo ständig Knöllchen durch die Stadt verteilt werden, sollte nicht gleich nebenan das Unkraut meterhoch an Straßenrändern und vor Spielplätzen wuchern, weil dieselbe Stadt die Pflege des öffentlichen Raumes vernachlässigt. «

Dr. Wieland Niekisch

Gefahren durch die Sozialdemokratie

Was sind eigentlich die programmatischen Kernunterschiede zwischen der derzeitigen Bundesregierung und den im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien? Was würde sich ändern, wenn eine SPD-geführte Bundesregierung im Herbst 2013 ins Amt käme?

Im Kern bedeutete eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Umsetzung einer großflächigen Umverteilungspolitik von denen, die etwas leisten, hin zu denen, die nichts leisten. Ziel ist es, dass alle gleich viel haben, egal, was sie dafür tun. Ausdruck fände dies in einer großflächigen Steuererhöhungspolitik zu Lasten

der „Besserverdiener“. Gut, was sind „Besserverdiener“? Jeder hat jetzt den Millionär auf seiner Segeljacht vor Augen, aber nein: Fast jeder, der Geld verdient und keine Sozialleistungen empfängt, soll dies bezahlen! Fast jeder Arbeitnehmer wäre davon betroffen, wenn er mehr als „Hartz IV“ verdient! Rot-Grün macht arm!

Weiterhin soll eine „Bürgerversicherung“ dafür sorgen, dass alle Menschen in Deutschland einheitlich gleich schlecht krankenversichert sind, getreu dem Motto: „Wenn wir den Gesunden und den Kranken zusammenlegen, wird sich der Kranke bestimmt beim

Gesunden anstecken und geheilt werden!“ Dass das niemals funktionieren könnte, weiß jeder klarsichtige Mensch. Außerdem würde es natürlich ebenfalls für die Meisten von uns teurer werden.

Darüber hinaus hält die SPD und halten die Grünen unverändert an der Idee von „Eurobonds“ fest. Das heißt, die Haushaltsdefizite der verschuldeten Länder in der EU sollen durch alle anderen EU-Mitgliedstaaten, vor allem aber durch die wichtigsten EU-Länder, Deutschland und Frankreich, in einer Umlage beglichen werden!

Wollen Sie das bezahlen? Wenn nicht, dann gibt es nur eine klare

Antwort: Die CDU ist die Partei mit der mit großem Abstand längsten Regierungserfahrung in Deutschland. Wenn die Union im Bund regiert, dann geht es uns gut. Und es wird uns auch mit einer zukünftig CDU-geführten Bundesregierung weiter gut gehen.

Die Bundesregierung konnte den Kinderbetreuungsausbau finanzieren, das Kindergeld anheben, die Kommunen stärken, die lästige, seinerzeit durch rot-grün eingeführte Praxisgebühr abschaffen und darüber hinaus Rekordsummen in Bildung und Forschung investieren.

In der kommenden Wahlperiode wird eine CDU-geführte Bun-

desregierung erstmals Schulden zurückzahlen und erstmals seit 1969 (!), dem letzten Jahr einer unionsgeführten Bundesregierung vor dreizehn Jahren SPD, wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen können. Trotzdem wird die Mütterrente verbessert und in dringend nötige Infrastruktur investiert werden.

Die Union hat bewiesen, dass man Schwerpunkte setzen kann, ohne Steuern zu erhöhen. Die Union erarbeitet sich die Spielräume!

Unsere Bundeskanzlerin ist weltweit angesehen und respektiert, sie hat uns in den letzten Jahren gut durch alle Krisen geführt.

In Europa sind wir führend, unsere Nachbarn blicken zu uns auf. Wir können stolz sein auf das Erreichte!

Damit es auch so bleibt: Am 22. September beide Stimmen für die CDU!

«

Die Redaktion



Flotte Ideen für die Weiße Flotte

Seit Ende letzten Jahres beschäftigt die Stadt immer wieder das Thema eines vermeintlichen Neubaus für die „Weiße Flotte“. Hierbei gab es zahlreiche Ideen, Absichtserklärungen und vermeintliche wie tatsächliche Konzepte.

Wie dies bei dem geplanten Bau für die Weiße Flotte aussehen könnte, sollten sich der OB und Flottengeschäftsführer Jan Lehmann einmal bei der wegweisenden Plan- und Umgebungsskizze des bekannten Architekten Günther Vandenherz ansehen. Dieser hat in einfühlsamer Weise direkt gegenüber dem „Mercure“-Grundstück, und unmittelbar an der Lan-

gen Brücke und der Hafenummauer gelegen, einen einstöckigen, runden Glasbau vorgesehen, der auf jeden Fall Ticketverkauf, Sanitäreinrichtungen und ein Restaurant in gemäßigter Form für ca. 100 bis 150 Personen aufnehmen kann. Eine Verwaltungseinheit, die an jedem anderen Ort der Welt ebenfalls gebaut werden könnte, sollte dies auch, nicht jedoch an der Langen Brücke!

Deswegen insbesondere an Jan Lehmann, den Geschäftsführer der „Weißen Flotte“: Bitte jammern sie nicht weiter! Sie haben mit ihrem Schifffahrtsunternehmen für sich und ihre fleißigen Mitarbeiter

gerade hier in Potsdam eine Goldgrube, die niemand zerstören will, die großartige Wachstumschancen hat und außerdem am Hafen bzw. an der Langen Brücke weiter integriert sein kann.

Wenn alle an einem Strang ziehen, könnten das die Stadtverordneten bereits im September bzw. spätestens im Oktober beschließen. Die CDU ist bereit, bei diesem Gemeinschaftswerk mitzumachen. «

Dr. Wieland Niekisch



Aktiv für Sie – Elternbeitragsordnung

Haben Sie Kinder, die neben dem Schulangebot auch Betreuung in einem Hort oder einer anderen Kindertagesstätte benötigen? Vor einigen Monaten sprachen wir Sie darauf an:

Die Stadt Potsdam plant eine Änderung der Elternbeitragsordnung für die Kindertagesstätten. Im Kern heißt dies: Es soll für Sie teurer werden und die bisher praktizierten Verfahren der Festsetzung Ihrer Elternbeiträge durch Angestellte des Trägers der Einrichtung sollen fortgesetzt werden.

Mehr als 50 Eltern sind in den letzten Monaten auf uns zugekommen und haben auf unser Anraten

hin zumindest die Festsetzung ihrer Beiträge bei ihrem Kindergarten-träger über ihren Steuerbescheid durchgeführt und nicht über die von vielen Trägern gern genommene „Jahresentgeltbescheinigung“, also die Gehaltsabrechnung im Dezember, bei der sie der Träger naturgemäß höher einstufen kann, da das Finanzamt noch nicht alle Belastungen und Werbungskosten berücksichtigt hat.

Auf diese Weise konnten alle Betroffenen von Rückerstattungen profitieren!

Wir setzen uns dafür ein, eine Änderung der Elternbeitragsordnung der Landeshauptstadt Pots-

dam für die Kinderbetreuung zu erwirken!

Wir wollen Sie schützen vor der fortgesetzten Erhebung personenbezogener Daten durch Nichtamtspersonen! Festsetzungen müssen amtlich vorgenommen werden! Und wir wollen eine zukünftige Staffelung der Elternbeiträge sozial und transparent gestalten anstatt „Brutto für Netto“!

«

Rüdiger Otto

Mit Überzeugung ins deutsche Parlament!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 22. September 2013 finden die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag statt. Sie entscheiden mit Ihrer Stimme, wer in den nächsten vier Jahren in Deutschland politische Verantwortung trägt.

Vertrauen wird erarbeitet und erst dann geschenkt.

In der auslaufenden Legislaturperiode konnte ich Vieles für Potsdam erreichen. So habe ich mich für Erneuerbare Energien in der Landeshauptstadt, für gesunde Ernährung, besonders bei der Schulspeisung unserer Kinder, und für die Belange von Familien eingesetzt. Fördermittel des Bundes flossen z. B. die Umweltbildung an Schulen, die Ausstellung Friederisiko, die Villa Tieck, den Bornstedter Friedhof, in viele Forschungseinrichtungen, die Universität oder die Filmwirtschaft.

Ich stehe für eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung. Handwerk und Mittelstand werden bei der Energiewende durch die von mir initiierte Mittelstandsinitiative des Bundesumweltministeriums unterstützt, weil wir zukunftsfähige Arbeitsplätze in Potsdam brauchen.

Ich stehe für eine Politik, die Familie und Kinder stützt, weil Familien die Keimzellen unserer Gesellschaft und Kinder unsere Zukunft sind. Darum stehe ich für eine wertegebundene Familienpolitik, für höhere Freibeträge und ein echtes Familiensplitting. Darum setze ich mich für Mehrgenerationenhäuser ein, besuche Kitas, Schulen, Senioren- und Pflegeheime, bin im Gespräch und kann oft helfen.

Ich stehe für eine lebenswerte Umwelt, weil technischer Fortschritt und Infrastruktur den Menschen dienen müssen, nicht umgekehrt. Deshalb setze ich mich für eine bessere Verkehrsplanung in Potsdam ein, die den Individualverkehr und den ÖPNV besser miteinander verbindet. Fließender Verkehr belastet auch die Umwelt weniger.

Ich stehe für Natur- und Umweltschutz. Für den Erhalt unserer Eichenwälder und für den Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger habe ich zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners die Zulassung des Schädlingsbekämpfungsmittels Dipel ES durchgesetzt.

Ich stehe für den kulturellen Reichtum unserer Region. Architektur, Kunst und Kultur sowie Landschaft und Natur sind bei uns einzigartig miteinander verwoben. Dieser Reichtum muss für zukünftige Generationen bewahrt werden.

Und das möchte ich für Sie in der kommenden Legislaturperiode erreichen:

Ein starker, stabiler Euro nutzt den Bürgern, bedeutet Arbeit und Wohlstand. Ausufernde Staatsschulden vieler Länder und mangelnde Regulierung der Finanzmärkte haben zur europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Die richtigen Reformen sind eingeleitet, sie müssen konsequent weitergeführt werden. Das ist die Hauptaufgabe.

Deutschland ist der wichtigste Wachstumsmotor Europas. Diese Stellung verdanken wir dem Einsatz und der Arbeit der Menschen in Wirtschaft, Handwerk und Handel. Um das zu erhalten, müssen Regulierung und Bürokratie abgebaut, Existenzgründungen gefördert werden. Es muss gerecht zugehen: faire Löhne für eine gute Arbeit. Und bezahlbarer Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger in Potsdam.

Schenken Sie mir bitte erneut Ihr Vertrauen. Vor allem aber: Bitte gehen Sie zur Wahl!

Ihre Katherina Reiche

*Mitglied des Deutschen Bundestages für Potsdam
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*





CDU gegen Parkeintritt und Tourismusabgabe

In den letzten Wochen und Monaten ist viel darüber geredet worden, wie in Potsdam ein Beitrag zum Erhalt unserer einzigartigen Schlösser- und Parklandschaft geleistet werden kann.

Die CDU-Potsdam spricht sich klar gegen Parkeintritt und Tourismusabgabe aus! Beide Abgaben könnten nicht gerecht aufgeteilt oder erhoben werden. Sie würden dafür aber alle Betroffenen mit unnötiger Bürokratie belasten!

Fast alle Besucherinnen und Besucher Potsdams kommen wegen der einzigartigen Schlösser- und Gärtenlandschaft in unsere Stadt. Niemand kommt wegen des Stern-Centers oder gar des Staudenhofs!

Darüber hinaus nutzen viele Einwohner unserer Stadt die Parks und Gärten auch zur Verrichtung zahlreicher Wege im Alltag in ihrer Stadt, die ihre Heimat ist und in der sie leben und Steuern zahlen!

In jedem anderen touristisch attraktiven Ort in Deutschland zahlen mit einer „Kurtaxe“ nur die auswärtigen Gäste und akzeptieren dies auch! Wir fordern die Stadt daher auf, in diesem Sinne eine geeignete und gerechte Lösung zu finden!

«

Matthias Hoffmann

Bitte keinen Frust- sondern einen echten Lustgarten!

Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs hat erfreulicherweise endlich das getan, was man von einem wachen Stadtoberhaupt schon lange erwartet hat: Er hat sich beim Thema „Lustgarten, Weiße Flotte und Mercure“ bewegt und die vielen Proteste Potsdamer Bürger sowie die nationalen wie internationalen Bedenken gegen den sogenannten „Winkens-Winkel“ ernst genommen und diesem klar eine Absage erteilt. Soweit, so gut.

Nur springt Herr Jakobs wieder mal zu kurz, denn das direkte Grundstück des „Mercure“ kann und wird niemals Bauland sein können, auch nicht für die „Weiße Flotte“: Der OB sollte einmal einen historischen und einen aktuellen Stadtplan in die Hand nehmen und feststellen, dass nach dem geplanten „Mercure“ - Abriss dieses Grundstück wieder zum Gesamtensemble Havellandschaft (Neptunbecken-Anlage mit Figurengruppe und Sichtbeziehung zum Stadtschloss) gehört und so als integraler Teil des Lustgartens renaturiert und rekultiviert werden muss.

Der OB sollte also nicht wie bei seinem Auftritt am Alten Markt, wo es noch um den Plattnerbau neben am Lustgarten ging, wieder zu kurz springen und ohne genaue Prüfung kurzatmig mit dem Mercure-Grundstück hantieren. Hier muss erst einmal eine tragfähige Übereinkunft mit allen Beteiligten gefunden werden. So viel Zeit und Demokratie muss sein!

Bei konkreten Verhandlungen mit der „Mercure“-Gruppe wünschen wir guten Erfolg und viele intelligente Ideen, denn hier müssen wegen Verkauf, Abriss und Kompensationen für das Grundstück viele organisatorische und vor allem finanzielle Nüsse geknackt werden! «

Dr. Wieland Niekisch



Zur Lage der Nation

Wieso schreiben heute hiesige Zeitungen oft noch „Kader“, wenn sie „Personal“ meinen, oder „Technik“ statt „Fahrzeuge“ und nicht zuletzt „Faschismus“ und nicht „Nationalsozialismus“, in dessen Programmatik zudem mehr sozialistische als faschistische Bezüge zu finden sind? Was ist mit der Sprache als Ausdruck des Geistes, wenn heute der neutrale Begriff „Neubaugebiete“ für dreißig Jahre alte Plattenviertel

verwendet wird, die im Übrigen im Originalzustand heute meist abbruchreif sind und die auch keine „Kaufhallen“ mehr haben? Wieso wird im hiesigen Teil Deutschlands auch heute z.B. noch der früher mit

großem Aufwand verordnete „Frauentag“ gefeiert, obwohl die DDR in der Realität alles andere als frauenfreundlich war? Warum wird im Kernland des deutschen Protestantismus mit seiner kulturhistorischen Bedeutung für die halbe Welt auch heute noch die atheistische „Jugendweihe“ gepflegt? Wieso wird von „Berlin“ geschrieben, wenn der Ostteil der Stadt, die vermeintliche „Hauptstadt der DDR“, gemeint ist, der Westteil Berlins jedoch immer noch als „Westberlin“, von „Westberlinern“ bewohnt, bezeichnet wird? Und wie oft man auch heute noch über das Kürzel „BRD“ in typischer SED-Diktion stolpert, kann nicht

mehr gezählt werden. Dieses Denken berührt auch die eine, unteilbare deutsche Staatsbürgerschaft! Wer heute noch davon spricht, er sei bis 1990 „DDR-Bürger“ gewesen, der redet auch heute noch der SED das

Wort! Auch wenn er in der ehemaligen DDR gewohnt und gelebt hat, so blieb und bleibt er immer nur eins: ein Deutscher. Die CDU immer, auch gegen zum Teil große Widerstände, zur unteilbaren deutschen Nation bekannt und auf diese Weise die entscheidenden politischen Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Einheit in Freiheit geschaffen. Seitdem wollen wir auch die innere Einheit unseres Volkes vollenden. «

Die Redaktion

Wussten Sie schon, dass. . .

- ...der Neuzuschnitt der kommunalen Wahlkreise in Potsdam durch den Oberbürgermeister als „geheime Kommandosache“ behandelt wird, um auf diese Weise neue „rote Hochburgen“ zu schaffen?
- ...Brandenburgs Landesbeamte die am zweitschlechtesten bezahlten in ganz Deutschland sind (nur das notorisch klamme Berlin bezahlt noch schlechter!) und der Finanzminister sich weigert, tariflich vereinbarte Anpassungen für sie umzusetzen?
- ...das bei einem Verkehrsunfall an der Tramhaltestelle Im Bogen letztes Jahr getötete Kind noch leben könnte, wenn die Stadt damals die Verkehrsampeln für den Fahrbahnausstieg nicht abends „aus Kostengründen“ abgeschaltet hätte?
- ...die Stadt Potsdam jährlich mehr zwei Millionen Euro allein aus dem „Abzetteln“ und „Blitzen“ von Autofahrern einnimmt?
- ...ein Kind bis zu acht Jahren nach geltendem Straßenverkehrsrecht mit seinem Fahrrad gar keinen Radweg benutzen DARF, ein Kind bis zu zehn Jahren dies ebenfalls nicht MUSS?
- ...die Anlage gemalter Radwege in Potsdam oft genug dazu führt, dass Eltern ihre auf dem Gehweg fahrenden Kleinkinder gar nicht angemessen beaufsichtigen können, da sie selbst nur einen irgendwo auf die Straße gepinselten „Radstreifen“ benutzen dürfen?
- ...es in der „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“ in unserem Stadtteil trotz mehrerer Kilometer Flusslauf keine einzige offizielle Badestelle an der Havel gibt?
- ...es so wenige Sportplätze in Potsdam gibt, dass sich Kinder- und Jugendfußballmannschaften die wenigen Sporteinrichtungen fast schon im „Schichtbetrieb“ teilen müssen?
- ...es für diese sinnvolle Breitensportförderung der Jugend nicht genügend Geld gibt, für zweifelhafte Projekte wie „Freiland“ hingegen schon?

IMPRESSUM

IM WESTEN WAS NEUES

Herausgeber: CDU Stadtbezirksverband Potsdam-West / Brandenburger Vorstadt

V i. S. d. P.: Matthias Hoffmann, CDU Stadtbezirksverband Potsdam-West

Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich.

Friedrich-Ebert-Straße 70
14467 Potsdam

Bilder: Titelbild – Foto "Katharina Reiche" © Fotograf

Layout & Gestaltung: Katja Lösche – katja@gestaltika.de



CDU POTSDAM